Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden" „Unsere Heimat", „Die Mode vom Tage".

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtschaft"

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 15 bezw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitg., Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Inh. K. Zaiser), Nagold

107 Nagolder Tagblatt Jahre

Anzeigenpreise: 1 spaltige Borgis-Zeile oder deren Raum 20 ₰, Familien-Anzeigen 15 ₰ Reklamezeile 60 ₰, Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postsch.-Kto. Stuttgart 5113

Nr. 40 | Gegründet 1827 | Freitag, den 17. Februar 1933 | Fernsprecher SA. 429. | 107. Jahrgang

Hitlers Rede in Stuttgart

Stuttgart, 16. Febr. Im Rahmen seines Wahlkampfrundflugs durch ganz Deutschland sprach Reichskanzler Adolf Hitler gestern abend in der Stadthalle zu Stuttgart. Aus Sicherheitsgründen wurden von der Polizei nur 7000 Personen eingelassen, aber in einer weiteren Massenversammlung unter freiem Himmel auf dem Stuttgarter Marktplatz und in den Zugangsstraßen lauschten noch Zehntausende der Kanzlerrede, die durch einen Groß-Lautsprecher übertragen wurde.

Um den Zuhörerraum in der Stadthalle zogen sich große Inschriften: „Für die deutsche Nation — Gegen internationalen Volksverrat!" und „Schluß mit der parlamentarischen Mißwirtschaft!"

Mit stürmischen Heilrufen und langanhaltenden Kundgebungen begrüßt, betrat Reichskanzler Hitler die hohe Rednertribüne. In seiner Rede führte er aus:

Wenn in einem Volk sich eine ganz tiefe und große Umwälzung vorbereitet, dann kann es niemand wundernehmen, wenn alle Kräfte des Vergangenen sich dagegen wenden. **Ein überwundenes System rückt nicht gern still von der politischen Bühne ab, zumal wenn es weiß, daß es ein Zurückkehren nimmer wieder gibt.** (Lebhafter Beifall.) **Was wir jetzt beobachten, sind die letzten Regungen eines Systems, das genau fühlt, daß die Stunde der Umkehr zugleich die Stunde seiner Vernichtung ist.** Wir verstehen es auch, daß ein **Staatspräsident** die Stunde für gekommen erachtet, sich mit dieser neuen Erscheinung auseinanderzusetzen. **Ich will gerne die Ausdrücke verzeihen,** die dabei in wenig sachlicher Weise gefallen sind. Ich möchte es dieser **inneren Nervosität** zugute halten, die angesichts einer solchen Umwälzung verständlich ist. Ich möchte daher **nicht im geringsten in derselben Weise nur zurückreden,** sondern will bloß ganz **streng sachlich** eine Reihe von Tatsachen feststellen, die für sich ganz allein sprechen. Herr **Staatspräsident Bolz** ist der Meinung, daß unsere Bewegung 12 Jahre lang nichts getan habe, als **Phrasen** von sich zu geben. Nun, 12 Jahre haben ja **nicht wir regiert,** sondern die **Partei des Herrn Staatspräsidenten.** In diesen 12 Jahren blieb uns zunächst gar nichts anderes übrig, als zu reden. **Es lag ganz bei diesen Herren,** uns schon früher die Möglichkeit zu geben, durch Taten unsere Fähigkeit zu beweisen. 12, 13, 14 Jahre lang wollten sie das nicht. **Sie müssen heute dankbar sein, daß wir nun aus eigener Kraft die Gelegenheit wahrnehmen, den Herren zu zeigen, auf welcher Seite in Wirklichkeit die Phrasen liegen.**

Ich glaube, daß wir zunächst 14 Jahre lang **Propheten** gewesen sind, Jahr für Jahr eine Entwicklung prophezeiten, die diese Herren nicht zugeben wollen. Und daß wir in diesen 12 Jahren uns nicht getäuscht haben, denn sonst wäre das Volk nicht zu uns gekommen. Die andere Seite hatte ja Gelegenheit, 14 Jahre hindurch ihr Können zu beweisen. **Diese 14 Jahre wird aber die Geschichte nicht als Jahre des Glücks und des Segens unseres Volks bezeichnen, sondern als Jahre des kontinuierlichen Abstiegs auf allen Gebieten.** (Lebhafte Zustimmung.) Der Staatspräsident Bolz sagt, auch seine Partei bekämpfe den Marxismus. **Herr Staatspräsident Bolz: wenn man gegen den Marxismus ist, dann kann man sich nicht 14 Jahre lang mit ihm verbinden.** (Stürmische Zustimmung.) Wir hatten auch die Möglichkeit zu taktischem Zusammengehen mit dem Marxismus gehabt, aber ich habe das **stets abgelehnt,** weil wir **Grundsätze** haben und eisern daran festhalten. (Lebhafter Beifall.) Die Partei aber, die der Staatspräsident vertritt, hat 14 Jahre lang in enger Umarmung mit dem Marxismus Deutschlands Geschicke gelenkt. Man kann sich heute nicht trennen von dem, was man in so langer Zeit mitverschuldet hat.

Das Zusammenwirken des Zentrums mit dem Marxismus hat sich schon mitten im Krieg als verhängnisvoll erwiesen und nicht die Friedensbereitschaft unserer Gegner bestärkt, sondern ihren Vernichtungswillen. Ich möchte hier nicht erst die Rolle eines **Herrn Erzbergers** umreißen (Rufe: Pfui Erzberger!). Herr Bolz sagt, er müsse die **Knebelung der Freiheit** durch die jetzige Regierung ablehnen. Ob im November 1918 war er das erste Schlagwort der Revolution und ihrer Parteien, daß nunmehr eine **Zeit der Freiheit** anbrechen würde. **War denn etwa die Gründung der Republik selbst ein Akt des freien Willens der deutschen Nation oder war es nicht ein Akt der Ueberrumpelung des freien Willens der deutschen Nation.** (Lebhafte Zustimmung). **Hat seit der Revolution etwa die Freiheit in Deutschland ihren Einzug gehalten?** Fast 14 Jahre lang hat unsere Bewegung, die nur **Deutschlands Wiederauferstehung und Befreiung wollte, nichts anderes kennen gelernt als Unterdrückung und Verfolgung. Mir** hat man das Reden verboten, unsere Versammlungen hat **man verboten,** unseren jungen Parteigenossen hat an die braunen Hemden ausgezogen. **Die sollen heute nicht von Freiheit reden, die 14 Jahre lange dieses Wort nicht gekannt haben. Ich brauchte** nichts weiter zu tun, als heute als Kanzler gegen die **Feinde** des nationalen **Deutschtums** alles das anwenden, **was sie einst gegen die Freunde der Nation angewandt haben.** (Lebhafter Beifall.) **Ich brauchte bloß ein Gesetz zum Schutz des nationalen Staats zu erlassen, wie sie eins zum Schutz der Republik gegen uns gemacht haben.** (Stürmischer Beifall und Rufe: Rache!) **Die jetzige Regierung brauchte nur die Methoden gegen die Presse wortwörtlich zu wiederholen, die in den 14 Jahren gegen unsere Presse angewandt worden sind, sie brauchte diese Verordnungen nur abzuschreiben und gegen ihre Verfasser anzuwenden.** Irrtum auf Irrtum, Illusion auf Illusion hat das jetzt überwundene System in 14 Jahren gehäuft. Das gilt auch für die Außenpolitik. **Erst seit der Zeit, als der Welt durch unsere Bewegung gezeigt worden ist, daß sich ein neues Deutschland der Geschlossenheit und des Widerstandes aufrichtet, erst seit dieser Zeit sah man uns im Ausland wieder mit anderen Augen an.** Wenn heute in Genf ein Volk (Italien) Seite an Seite mit uns **für die Freiheit Europas kämpft,** dann haben **wir** diese Freundschaft eingeleitet und nicht die Vertreter des bisherigen Systems.

Nun sagt Staatspräsident Bolz, das **Christentum und der katholische Glaube werde durch uns bedroht.** Auch hier werden wir ehrlich handeln. Ich rede nicht nur von Christentum, nein, ich bekenne auch, daß ich mich **niemals verbinden werde mit den Parteien der Zerstörung des Christentums.** Wenn manche heute das bedrohte Christentum in Schutz nehmen wollen, **wo war für die das Christentum in diesen 14 Jahren, da sie mit dem Atheismus Arm in Arm gingen?** Nein, dem Christentum ist **niemals und zu keiner Zeit ein größerer innerer Abbruch zugefügt worden, als in diesen 14 Jahren, da diese theoretisch-christliche Partei mit den Gottesleugnern in einer Regierung saß** (Beifall). Bereits am 14. September 1930 war eine andere Möglichkeit klar gegeben. Aber nein, man kannte und wollte sich nicht von der Parteiwelt des Atheismus loslösen.

Wir wollen unsere Kultur wieder mit christlichem Geist erfüllen nicht nur in der Theorie. Nein, ausbrennen wollen wir die Fäulniserscheinungen unseres Theaters, unserer Literatur (Beifall), ausbrennen dieses ganze Gift, das in diesen 14 Jahren in unser Leben hineingeflossen ist. Ich frage, ob die **Wirtschaftspolitik** des überwundenen Systems **christlich war.** War die **Inflation** ein von Christen zu verantwortendes Unterfangen oder ist die **Zerstörung deutscher Lebensstände, des deutschen Bauern- und Mittelstands christlich gewesen?** Diese Parteien können nicht bestreiten, daß sie in 14 Jahren die **deutsche Wirtschaft zugrunde gerichtet** haben. Der **deutsche Bauer** ist dem Ruin entgegengeführt worden und wir haben heute **sieben bis acht Millionen Arbeitslose.** Wenn diese Parteien nun sagen, wir wollen nur noch ein paar Jahre regieren, damit wir es besser machen können, so sagen wir: **Nein, jetzt ist es zu spät, dazu hattet ihr 14 Jahre lang Zeit, und ihr habt versagt!** (Lebhafte Zustimmung.) In 14 Jahren habt ihr eure **Unfähigkeit bewiesen, vom Versailler Vertrag ab über die verschiedenen Abkommen bis zum Dawes- und Youngplan. Für diesen Plan ist auch Herr Bolz eingetreten, während ich ihn immer bekämpft habe. Wir müssen diese Parteien fragen, ob das, was in diesen 14 Jahren angerichtet wurde, ihr Programm war.** Wenn wir jetzt den Schaden gutmachen und **binnen 4 Jahren die öffentlichen Finanzen** in Reich, Ländern und Gemeinden wieder in Ordnung bringen wollen, **dann erfordert das einen Betrag von etwas über 19 Milliarden.** (Hört! Hört!) Was die Herren an Rettungsmitteln in letzter Zeit empfahlen, war **unserem Gedankengut entnommen,** aber schlecht und unvollkommen übernommen. Das gilt vom **Arbeitsdienst** und anderen Aufbauprogrammen.

Ich kann diesen Vertretern eines verkehrten Systems nur eine Versicherung geben: **dieselbe Entschlossenheit und Beharrlichkeit, die wir anwendten, um 14 Jahre lang diese Millionenbewegung zu gestalten, werden wir weiter anwenden, um das heutige Deutschland wieder aus dem Elend emporzuheben zu neuer Größe.**

Wir sind überzeugt, daß die Gesundung unseres Volks ausgehen muß von der Gesundung des Volkskörpers selbst. Und wir sind durchdrungen von der Erkenntnis: **die Zukunft unseres Volks liegt genau so wie unsere Vergangenheit zunächst im deutschen Bauern.** Wenn er vergeht, ist unser Ende gekommen, wenn er besteht, wird Deutschland niemals vergehen. Das ist die Kraft und die Quelle unseres Volkstums, die Quelle unserer Erneuerung. **Die Städte, sie wären nicht da, wenn der Bauer sie nicht füllte mit seinem Blut.** Primitiv, aber gesund ist der deutsche Landmann. Wir wollen dem deutschen Bauern helfen, wie wir dem **deutschen Arbeiter** helfen wollen. Dazu brauchen wir ein **starkes Deutschland. Die Zeit internationaler marxistischer Zersetzung und Zerstörung unseres Vaterlands ist vorbei.** (Lebhafter Beifall.) Wir wollen auch der **deutschen Intelligenz** wieder die Freiheit geben, die ihr durch das bisherige System genommen war. Im **Parlamentarismus** hatte sie diese Freiheit nicht. Wir wollen Deutschland **frei machen aus den Hemmungen einer unmöglichen parlamentarischen Demokratie,** nicht weil wir Terroristen sind, weil wir etwa den freien Geist zu knebeln gedenken; im Gegenteil, **der Geist ist noch nie mehr vergewaltigt worden, als wenn die Zahl sich zu seinem Herrn erhob.** Wir wollen im Gegenteil, daß die **Verantwortlichen** sich wieder zusammenfinden, damit jedem Stand und jedem einzelnen Menschen die **Autorität** gegeben wird nach unten und die **Verantwortung** nach oben, die nötig ist, um ein Gemeinwesen aufzubauen. Wir wollen nicht die Nation so erziehen, daß sie für Ideen und künstliche Konstruktion lebt, sondern wir wollen alle Ideen und Konstruktionen untersuchen, inwieweit sie fähig sind, dem Leben der Nation zu dienen. Für keine Vorstellung leben wir, sondern die Vorstellungen haben nur den Sinn, unsere Lebenskraft zu stärken. Wir wünschen nicht am Ende ein **verhungerndes Volk, das Programme auswendig lernt,** sondern am Ende wollen wir ein Volk, das **wieder leben kann,** auf daß die deutsche Nation nicht in uns und **nach** uns vielleicht ihr Ende findet.

Unsere Kraft liegt nicht in weltwirtschaftlichen Illusionen, unsere Kraft liegt in uns und in unseren Grundsätzen, die wir praktisch anwenden wollen auf allen Gebieten des Lebens. Es ist ein unerhörtes **Programm, das wir besitzen** und über das sich auch Herr **Bolz nicht täuschen soll.** Ein Programm, das nicht in ein paar eitlen Versprechungen besteht. Sonst könnte ich einfach sagen: gebt mir euer Vertrauen und bis Mitte Juni ist **Deutschland gerettet!** Das wäre keine lange Frist, aber es wäre eine **Lüge. Das ist ja die Methode der bisherigen Parteien gewesen, von einer Notverordnung zur andern die Rettung zu versprechen und immer wieder ein neues Gaukelspiel, eine neue Fata Morgana erstehen zu lassen.** Ich habe in den 14 Jahren das nicht getan. Ich habe nur immer gesagt zu meinen Anhängern, einmal werdet ihr Deutschlands Zukunft bestimmen. Sie sind mir gefolgt in der Hoffnung, **daß** die Richtigkeit unserer Ideen sich bewähren wird. **14 Jahre waren notwendig,** bis uns der Weg zur Verwirklichung dieser **Ideen** freigegeben wurde. **Nun, deutsches Volk, appelliere ich an dich! Du hast den andern 14 Jahre Zeit gegeben, du hast gesehen, was sie leisteten, nun gib mir vier Jahre Zeit!** (Lebhafter Beifall.)

Ich werde mir **keine Villa in der Schweiz bauen** (Heiterkeit), ich werde auch **keine „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums"** für mich wegnehmen (sehr gut). Ich tue es auch in diesem Wahlkampf nicht. Nach vier Jahren soll man urteilen, ob dann die Politik des deutschen Zerfalls aufgehört hat und Deutschland wieder emporsteigt. Ich habe 14 Jahre lang gekämpft für das deutsche Volk, ich bin dafür ins Gefängnis gekommen, aber ich **habe den Kampf durchgehalten** und bin jetzt gerechtfertigt (Beifall).

Nur um vor Gott und der Nation mein eigenes Gewissen zu entlasten, sage ich dem deutschen Volk, es möge entscheiden. **Ich wollte nicht an die Arbeit gehen, ehe das deutsche Volk gesprochen hat. Allerdings muß ich auch bekennen, daß ich entschlossen bin mit meinen Verbündeten, unter keinen Umständen das deutsche Volk zurückfallen zu lassen in dieses Regiment.** (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ich bin bereit, jedem die Hand zu geben, auch wenn er uns früher nicht verstand, wenn er in unserer Bewegung wirken will, allein ich werde das Errungene auch zu wahren wissen vor denen, die in 14 Jahren bewiesen haben, daß sie Deutschland nur vernichten konnten. Wir wollen das alles aber noch einmal **der Nation** zur Prüfung vorlegen. Ich möchte nur zum **allmächtigen Gott hoffen,** daß er den Millionen unserer Volksgenossen noch einmal das Auge öffnet, auf daß sie selbst uns diesen schweren Weg erleichtern. (Beifall.)

Ich habe dieses Amt nicht übernommen, um mich persönlich zu bereichern. (Beifall.) Ich will gar nichts für mich. Ich weiß, ich bin der **bestgehaßte Mann des deutschen Volks.** Weil ich diese ganzen Jahre hindurch nichts anderes kannte als dieses Volk allein, **werde ich heute verleumdet und verhaßt. Ich nehme es aber ruhig** auf mich, **mögen sie gegen mich tun was sie wollen, aber Deutschland darf nicht wieder zurücksinken in die Hand seiner Verderber.** (Beifall.) In diesen Wochen bitte ich den Allmächtigen nur darum, er möge uns immer stark und mutig sein lassen, er möge uns bewahren davor, jemals aus Angst, Opportunität oder Rücksicht auf Erleichterung unserer Arbeit feige zu werden. Im übrigen hat

Tagesspiegel

Die kommissarische preußische Regierung hat die in letzter Zeit von einzelnen Ministern vorgenommenen Personalveränderungen und Ernennungen bestätigt.

Ministerpräsident Braun hat beim Staatsgerichtshof beantragt, den Antrag der Reichsregierung, die Frist für die Antwort auf die Klageschrift der Braun-Severing-Regierung um 10 Tage zu verschieben, abzulehnen, weil sonst der Prozeß über den Wahltag hinausgehen würde.

Zum Berliner Polizeipräsidenten ist Konteradmiral a. D. v. Levetzow, ein geborener Schleswig-Holsteiner, der sich in der Seeschlacht am Skagerrak und bei der Eroberung der Insel Oesel am Rigaischen Meerbusen hervorragend ausgezeichnet hat und Inhaber des Ordens Pour le merite ist, ernannt worden. Der Admiral lebte zuletzt als Privatmann in Weimar. Der bisherige Polizeipräsident Melcher wurde vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen in Magdeburg ernannt.

Die Beurlaubung des Aachener Regierungspräsidenten, Stieler, wurde nach Aussprache mit dem kommissarischen Innenminister Göring zurückgenommen.

Die Berliner Tageszeitung „Tempo" wurde bis 23. Februar und das kommunistische Wochenblatt „Arbeiterecho" bis 31. März verboten.

In Neunkirchen wurde der 63. Tote geborgen.

Der französische Ministerrat hat bei der Kammer die Bewilligung von 500 000 Mark für die Opfer von Neunkirchen beantragt. — Mit Speck fängt man Mäuse.

Im Hauptausschuß für Abrüstung erklärte Botschafter Nadolny, der französische Plan der „Vereinheitlichung des Wehrsystems" (Miliz) bringe Deutschland in eine eigenartige Lage. 1919 sei es gezwungen worden, vom bisherigen kurzdienstlichen zum langdienstlichen Wehrsystem (Berufsheer) überzugehen. Jetzt solle es dieses wieder aufgeben und zum kurzdienstlichen zurückkehren. Man müsse aber beachten, daß die Staaten, die das kurzdienstliche System beibehielten, sich inzwischen ausgebildete Reserven von Hunderttausenden schaffen konnten, die in Deutschland vollständig fehlen. Dies müßte jedenfalls bei einer neuen Aenderung in Deutschland berücksichtigt werden, sonst würde Deutschland durch sie ungeheuer in Nachteil kommen.

Der König der Belgier hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Broqueville nicht angenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dann unser Leben in seiner Hand. Unser Wille aber wird immer der gleiche sein und ich bin der Ueberzeugung, daß dieser Wille, der sich durch gar nichts brechen läßt, eines Tages fähig sein wird, auch die deutsche Not zu zerbrechen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Heilrufe.)

Mit einem dreifachen Heil auf Deutschland und seinen Führer wurde die Versammlung geschlossen.

Dr. Göbbels am Rundfunk

Ehe Reichskanzler Hitler in der Stadthalle erschien, erstattete der Reichspropagandaleiter der NSDAP., Dr. Göbbels, einen Tatsachenbericht für die Rundfunkhörer in Württemberg und Baden. Er wies darauf hin, daß in der Stadthalle und auf Plätzen und Straßen in Stuttgart Zehntausende auf Hitlers Wort warten, in verschiedenen Städten Württembergs und Badens seien die Massen in Sälen und auf Plätzen versammelt, um den Reichskanzler durch den Rundfunk zu hören. Als Hitler das letztemal sprach, sei er noch der Führer einer verlachten und verlästerten Opposition gewesen, jetzt habe er das Amt des Reichskanzlers in der Hand. Der 5. März werde nicht bloß ein Tag der Wahlentscheidung, sondern ein Tag der **Entscheidung zwischen Nationalismus und Internationalismus** sein. Die Versammlung in der Stadthalle sei ein Bild der Volksgemeinschaft; alle Berufe und Stände seien hier vertreten, als Gemeinschaft aller gutgesinnten und nationalgesinnten Deutschen. Zahlreichen Erwerbslosen seien unentgeltliche Karten zur Verfügung gestellt worden.

Maßregelung der Stuttgarter Rundfunkbeamten

Berlin, 16. Febr. Zur Störung der Stuttgarter Rundfunkrede des Reichskanzlers wird amtlich mitgeteilt: Der Reichspostminister hat sofort nach Bekanntwerden der Störung eine Untersuchung eingeleitet und angeordnet, daß die für den technischen Rundfunkbetrieb verantwortlichen Beamten, Postbaurat Feucht, Oberpostdirektor Mössinger und Dr. Kofes, der technische Leiter des Rundfunks, unverzüglich bis zum Abschluß der Untersuchung außer Dienst gesetzt werden.

Stuttgart, 16. Febr. Wer hat das Kabel zerhauen? In einem Lokal, nahe dem Ort, wo das Kabel zerhauen worden ist, wurden zunächst sieben Personen festgenommen. Mit Sicherheit weiß die Polizei, daß nur zwei Täter in Frage kommen. Die Personalbeschreibung der Täter ist bekannt, die Untersuchung aber noch nicht beendet. Man wird sich fragen, so schreibt die „Süddeutsche Zeitung", woher die Täter die genaue Kenntnis über die Führung des Kabels hatten, und man wird sich weiter fragen, wie es trotz der sorgfältigen Ueberwachung der Leitung möglich war, diesen Sabotageakt auszuführen. Die gesonderte Leitung für die Stadthalle ist erst vor wenigen Jahren verlegt worden. Man neigt zu der Auffassung, daß entweder ein ehemaliger Telegraphenarbeiter die Sache verraten hat, oder daß einige Anwohner der Werderstraße von der Führung dieser Leitung Kenntnis hatten. Die Saboteure sind zweifellos Mitglieder der KPD.

Der „Schwäb. Merkur" bedauert, daß unter der sinnlosen Tat einiger fanatischer Menschen verdiente Beamte, die von sich aus taten, was sie konnten, leiden sollen. Ein solch rigoroses Vorgehen sei man bisher in Württemberg nicht gewöhnt.

Zusammenstöße

Nach dem Polizeibericht ist es nach Schluß der Versammlungen in der Stadthalle und auf dem Marktplatz, hauptsächlich in der Gegend der **Eßlingerstraße** zu **Schlägereien** zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen, wobei auch geschossen wurde. Die Polizei nahm im Lauf der Nacht wiederholt Durchsuchungen nach Waffen vor und konnte eine Reihe von Waffen sicherstellen. Soweit bei der Polizei bekannt, sind lebensgefährliche Verletzungen nicht zu verzeichnen. Insgesamt wurden 11 Personen in Haft behalten, darunter solche, die an der Kabelstörung beteiligt erscheinen, ferner einige Teilnehmer an Schlägereien, die sich im Besitz von Waffen befanden.

Zu dem Zusammenstoß in der Eßlingerstraße wird noch mitgeteilt, daß ein Trupp Kommunisten aus einem Haus der Eßlingerstraße, mit Biergläsern bewaffnet, gegen die Nationalsozialisten vorging. In diesem Augenblick fielen dann mehrere Schüsse. Ein Kommunisten erhielt einen Bauchschuß, zwei weitere vermutlich durch Schläge ziemlich schwere Kopfverletzungen. Alle drei wurden in ein kommunistisches Lokal verbracht.

•

Der Reichskanzler wieder in Berlin

Berlin, 16. Febr. Reichskanzler Hitler traf heute vormittag 10.10 Uhr, mit einem Sonderflugzeug aus Stuttgart kommend, auf dem Tempelhofer Feld ein und begab sich sofort zur Reichskanzlei.

Länderproteste im Reichsrat

Berlin, 16. Febr. In der heutigen Vollsitzung des Reichsrats unter Vorsitz von Reichsinnenminister Dr. Frick war zum ersten Mal das Land Preußen durch die von den Reichskommissaren ernannten Reichsratsbevollmächtigten vertreten. Die früheren preußischen Vertreter waren nicht erschienen. Nach Eröffnung der Sitzung verlas der **bayerische Vertreter**, Ministerialdirektor Sperr, folgende **Erklärung:**

1. Der Reichsrat ist eine ausgesprochen **bundesnötige Einrichtung zu Wahrung des Anteils** der Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs. 2. Die **Stimmführung** der Länder im Reichsrat muß **von der Reichsgewalt unabhängig** sein. 3. Die **Beteiligung von Reichskommissaren** an der **Abstimmung** im Reichsrat **widerspricht also dem Grundaufbau des Reichs.** 4. Jedes deutsche Land ist berechtigt, die **Einhaltung der verfassungsmäßigen Zusammensetzung** des Reichsrats zu verlangen, ohne daß ihm hieraus der Vorwurf der Einmischung in Angelegenheiten eines anderen Landes gemacht werden kann.

Die bayerische Regierung lehnt eine **Einmengung in innerpreußische Angelegenheiten** ausdrücklich ab. Sie hält aber im Einklang mit der Stellungnahme des Reichsstaatsgerichtshofs an den dargelegten verfassungsmäßigen Grundlagen des Reichsrats fest und legt deshalb gegen die Beteiligung des Reichskommissars in Preußen oder sonstiger Reichsbeauftragter an der Beratung und Abstimmung im Reichsrat **Rechtsverwahrung** ein.

Der **badische** Gesandte Dr. Fecht bekannte sich gleichfalls zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes, nach dem Reichsorgane nicht ein Land vertreten könnten. Er hielt es für notwendig, die Beratungen auszusetzen, bis der Staatsgerichtshof entschieden habe.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Hammacher, stimmte namens der preußischen Provinzen, Grenzmark Posen, Westpreußen, Niederschesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland der bayerischen Erklärung zu. Ob man mit dieser Reichsratssitzung ein Präjudanz für die Entscheidung des Staatsgerichtshofes schaffen wolle? Dagegen würde er schärfste Rechtsverwahrung einlegen.

Der **hessische** Gesandte schloß sich der Reichsverwahrung Badens an. Reichsminister Dr. Frick erklärte, daß für die Reichsregierung einzig und allein die **Verordnung des Reichspräsidenten** maßgebend sei.

Als dann von der **Ernennung der neuen preußischen Bevollmächtigen** Kenntnis gegeben wurde, **beantragte der badische Gesandte** im Auftrag Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens, Hessens, Hamburgs, Bremens und Lübecks, festzustellen, daß der Reichsrat von der Bestellung der Bevollmächtigten Kenntnis nehme, ohne zu der Rechtsfrage Stellung zu nehmen. Da die Rechtsbeständigeit der Ernennung von der Entscheidung des Staatsgerichtshofs abhängig sei, wird beantragt, bis zu dieser Entscheidung die Beratungen und Beschlußfassungen des Reichsrates auf besonders dringende Gegenstände zu beschränken.

Die Vertreter **Thüringens, Mecklenburg-Schwerins, Oldenburgs, Braunschweigs, Anhalts** und von **Lippe** und **Neustrelitz gaben Erklärungen** ab, daß sie die von der Reichsregierung gegenüber Preußen geschaffene Lage anerkennen und die preußische Kommissariatsregierung als rechtmäßig eingesetzt ansehen.

Der Vertreter **Sachsens** erklärte, daß die Frage der Rechtsbeständigkeit der Ernennung nicht vor das Forum des Reichsrates gehöre. Sachsen sei weder in der Lage, für die von Bayern und Baden ausgesprochene Rechtsverwahrung, noch für die von Thüringen abgegebene Erklärung Stellung zu nehmen.

Reichsminister Dr. Frick betonte gegenüber dem Vertreter der Rheinprovinz, daß selbstverständlich **allein die Vertretung der derzeitigen preußischen Regierung zur Stimmabgabe berechtigt** sei. Die **sieben preußischen Provinzen** gaben gegen diese Erklärung **Protest** zu Protokoll, während der bayerische Vertreter erklärte, daß unbeschadet der Frage der Rechtsbeständigkeit in der Zwischenzeit eine **Vertretung der Regierung Braun im Reichsrat unmöglich** geworden sei.

Darauf wurde der **badische Antrag** mit 39 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Für den Antrag stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Schaumburg-Lippe und die Provinzvertreter von Berlin, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz. Oberschlesien enthielt sich der Stimme.

Kabinettssitzung

Rentenerhöhung, Sicherung der Siedlerrente

Berlin, 16. Febr. In der heutigen Kabinettssitzung **kam in erster Linie die Beseitigung von Härten in der Rentnerfürsorge**, vor allem bei Kriegsopfern, zur Sprache, deren **Bezüge durch frühere Notverordnungen gekürzt worden sind.** Trotz der schwierigen Finanzlage wird laut CNB. die **Reichsregierung** für diesen Zweck 20 bis 25 Millionen flüssig machen.

Zu den Sondervorschriften für die **Siedler** in der neuen Notverordnung über den **Vollstreckungsschutz** wird amtlich darauf hingewiesen, daß selbstverständlich die Siedler hinsichtlich der Siedlerrente **nicht schlechter gestellt** werden als der sonstige agrarische Grundbesitz. Der ersten Hypothek bei landwirtschaftlichem Grundbesitz, die unter gewissen Voraussetzungen nicht dem Vollstreckungsschutz unterliegt, entspricht die **Siedlerrente.** Da diese aber im allgemeinen erheblich höhere Anteile am Gesamtwert der Siedlerstelle ausmacht als die erste Hypothek bei landwirtschaftlichem Grundbesitz — ungefähr 90 v. H. gegenüber 40 v. H. — würde der Siedler durch die privilegierte Behandlung der ersten Hypothek wesentlich schlechter gestellt sein. Um dies zu vermeiden, ist die Bestimmung getroffen worden, daß **nur die Hälfte der Siedlerrente so bevorzugt** behandelt wird, wie bei anderem landwirtschaftlichem Grundbesitz die erste Hypothek. Die andere Hälfte unterliegt den allgemeinen gültigen Vollstreckungsschutzbestimmungen.

Es wurde auch die Frage erörtert, ob die Aufhebung der 50-Pfg.-Gebühr für die Ausstellung der Krankenscheine aufgehoben werden kann.

Der Donaubund gegen Deutschland, Italien und Rußland

Berlin, 16. Febr. Die Urteile der englischen und französischen Presse über den neuen **Staatenblock** mit 48 Millionen Einwohnern, zu dem sich der Kleine Verband umgewandelt hat, geben der Auffassung recht, daß es sich um ein Ereignis von großer Bedeutung und einen Versuch zur **Ausschaltung des deutschen und italienischen Einflusses** handelt. Der Genfer Berichterstatter des Londoner „Daily Herald" erblickt in dem Vorgang die größte politische Veränderung seit Abschluß der Friedensverträge. Es sei der erste Schritt zur Bildung eines **Donaubunds**, der den größeren Teil der vormaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und noch weitere Gebietsteile umfassen werde. Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meint, diese Bildung eines „organischen und **festen politischen** Gebildes von ganz neuer Art" stelle in **erster Linie eine** Befestigung der gegenwärtigen Grenzziehungen in Mitteleuropa und in zweiter Linie eine Abwehr italienischer Einmischungsversuche in mitteleuropäische Angelegenheiten dar. Auch werde es nach Ansicht maßgebender Persönlichkeiten für die **französische Politik** in Zukunft **unmöglich sein**, einen **Druck auf Rumänien** auszuüben, um Rumänien zum Abschluß eines **Nichtangriffspaktes mit Rußland** zu veranlassen. Keiner der drei Staaten habe offizielle Beziehungen zur Sowjetregierung und keine von ihnen werde künftig imstande sein, ihr Verhältnis zu dieser Regierung ohne Zustimmung der beiden anderen zu ändern. Es sei auch anzunehmen, daß die Skodawerke in der Tschechoslowakei zu einem großen Waffenarsenal für die drei Staaten umgewandelt würden. Bei der Klausel über den **Beitritt weiterer Staaten** zu der neuen Vereinigung sei vor allem an **Polen** gedacht worden.

Der in Genf weilende Außenpolitiker des „Journal" spricht von einen „Block der Ordnung in Mitteleuropa". Der Berichterstatter des „Petit Journal" sucht dem Abkommen eine ideale Seite abzugewinnen und es als Anfang einer „Neuordnung Europas" hinzustellen. Diese praktische Anwendung großer Grundgedanken könnte, wenn alle Menschen und alle Nationen von gleich gutem Willen beseelt wären, die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa" in die Wege leiten, von denen Briand träumte.

Anschlag gegen Roosevelt?

Der Bürgermeister von Chikago schwer verletzt

Miami (Florida), 16. Febr. Als Präsident Roosevelt gestern abend von einer Jachtfahrt nach den Bahama-Inseln nach Miami zurückkehrte, um von hier nach Neuyork zu reisen, gab im Park der Vorstadt Biscano Bay ein Mann mehrere Schüsse ab, von denen einer den in der Nähe des Präsidenten stehenden Bürgermeister von Chikago, Cermak, schwer verletzte. Roosevelt selbst blieb unverletzt, dagegen wurden von den Kugeln noch ein Polizeibeamter, zwei Frauen, ein Knabe und ein Mann verletzt, der dem Mörder den Revolver zu entreißen suchte. Der Täter wurde vom Publikum ergriffen und der Polizei übergeben. Cermak wurde im Auto des Präsidenten in das Krankenhaus überführt, wohin ihn Roosevelt, den Verwundeten im Arm haltend, begleitete.

Der Täter, Zingara, gehört zu der berüchtigten Gangster-Gilde, d. h. der Verbrecherzunft, in Chikago, wohnt aber in Neuyork. Bürgermeister Cermak, ein gebotener Tschecho, führt seit einiger Zeit bekanntlich einen unerbittlichen Krieg gegen die Gangster und man glaubt, daß Zingara sich und seine Gilde habe rächen wollen. Er soll geäußert haben: „Jetzt habe ich es Cermak gegeben." Der Polizeipräsident in Chikago ersuchte denn auch die Behörden in Florida, 18 Gangster festzunehmen, die sich in der Gegend von Miami aufhalten. Andererseits glaubt man, daß der Anschlag wirklich Roosevelt gegolten habe. Zingara, der italienisch spricht, soll nach seiner Verhaftung angegeben haben, er habe es auf den Präsidenten Hoover abgesehen gehabt. Er gehört seit 8 Jahren dem Bauarbeiterverband in New Jersey an. Er sei von niemand beeinflußt worden und habe den Plan allein gefaßt. Mit Zingara wurde sein Freund, Andreas Valenti, verhaftet.

•

Präsident Hoover sandte an Roosevelt folgendes Telegram nach Miami: „Ich freue mich überaus, daß Sie nicht verletzt wurden."

Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Mißlingen des Anschlags auf Roosevelt

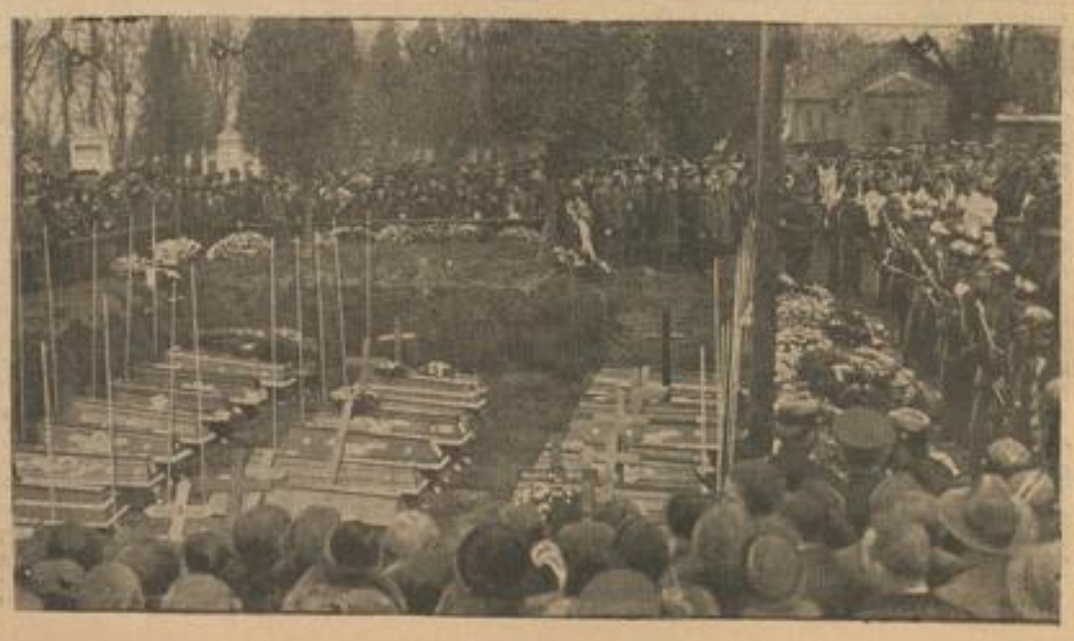
Berlin, 16. Febr. Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben den deutschen Botschafter in Washington beauftragt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, ihre Genugtuung über das Mißlingen des Anschlags auf den neuen Präsidenten Roosevelt zum Ausdruck zu bringen.

Neue Nachrichten

Die portugiesischen Entschädigungsansprüche gegen Deutschland abgewiesen

Paris, 16. Febr. Das Internationale Schiedsgericht zur Auslegung des Youngplans hat heute durch Schiedsspruch die Klage Portugals gegen Deutschland auf Zahlung von 48 Millionen Goldmark abgewiesen und erklärt, diese von einem Lausanner Schiedsgericht der portugiesischen Regierung wegen sogenannter Neutralitätsschäden zugesprochene Summe falle unter die allgemeinen Kriegsentschädigungen, die in den verschiedenen Reparationsabkommen enthalten seien.

Der Schiedsspruch bedeutet praktisch die Befreiung Deutschlands von dieser Zahlung, die noch aus dem Kolonialkrieg in Afrika herrührt. Damit ist auch eine Vorentscheidung gegenüber den Forderungen anderer Staaten aus sogenannten Neutralitätsschäden geschaffen.



Die Beisetzung der Opfer von Neunkirchen

Die Trauer-Feier am Ehrengrab.

Schießereien zwischen rumänischen Eisenbahnarbeitern und Militär

Bukarest, 16. Febr. Die streikenden Eisenbahnarbeiter, die sich in den Eisenbahnwerkstätten verschanzt hatten, haben während der Nacht mehrere Schüsse auf die sie umzingelnden Polizisten abgegeben. Dabei wurden mehrere Polizeibeamte verletzt. Um 6 Uhr früh richtete der Vertreter der Staatsanwaltschaft an die Arbeiter den Aufruf, die gesamten Betriebsräume unverzüglich zu verlassen. Dieser Aufruf wurde dreimal widerholt. Die Arbeiter antworteten jedoch erneut mit Revolverschüssen. Das Militär machte nun von der Schußwaffe Gebrauch. Es folgte eine Salve, durch die 3 Arbeiter getötet und 9 verletzt wurden. Schließlich ergab sich die Arbeiterschaft. In allen Bukarester Fabriken ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden.

Württemberg

Stuttgart, 16. Februar.

Neuer Post-Amtsanwalt. Im Einvernehmen mit der Oberpostdirektion in Stuttgart hat das Justizministerium mit Wahrnehmung der Amtsanwaltschaft für die Strafsachen wegen Post- und Portohinterziehungen bei den sämtlichen Amtsgerichten des Landes an Stelle des Postdirektors Georg Ritter, der wegen anderweitiger Verwendung von diesem Nebenamt enthoben wird, den Postdirektor Hochmüller bei der Oberpostdirektion Stuttgart beauftragt. Im Verhinderungsfall wird der Amtsanwalt durch einen der übrigen Postdirektoren nach Anordnung der Oberpostdirektion vertreten werden.

Die Zahl der Rechtsanwälte in Württemberg, die am 2. Januar bei den württ. Gerichten zugelassen waren, beträgt 608 gegen 571 im Vorjahr.

Vom Tage. Einen Selbstmordversuch durch Einatmen von Gas verübte in einem Haus der Gatshämmerstraße ein 35 J. a. Mann. Er wurde in das Katharinenhospital übergeführt.

Aus dem Lande

Pfauhausen OA. Eßlingen, 16. Febr. Einbruch im Bahnhofsgebäude. Gestern nacht wurde im hiesigen Stationsgebäude ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Der Inhalt der Schalterkasse in Höhe von 30 Mark wurde geraubt. Die Untersuchung ist im Gang.

Heilbronn, 16. Febr. Die Ortsvorsteher verlangen Verlängerung ihrer Amtszeit. Eine Versammlung durch den Unteren Neckargau des Vereins Württ. Ortsvorsteher und Körperschaftsbeamten nahm einstimmig eine Entschließung an, in der eine Verlängerung der Amtszeit der Ortsvorsteher, deren Wahlperiode am 1. Januar 1937 abläuft, verlangt wird. Die Versammlung richtet an die württ. Regierung die Bitte, das Erforderliche im Weg der Notverordnung unverzüglich vorzubereiten.

Der Pistolenschütze von Gaildorf. In der Nacht zum 3. Oktober v. J. war von dem 25 J. a. ledigen Hermann Moll aus Gaildorf ein Schuß auf die Wohnung des dortigen Landrats abgegeben worden, wodurch ein Fenster zertrümmert wurde. Sechs Tage später ging dasselbe Fenster wieder durch einen Schuß in Trümmer, außerdem wurde auf die Wohnung des Bankdirektors ein Schuß abgegeben. Moll will die Schüsse in angeheitertem Zustand abgegeben haben. Er gehört keiner politischen Partei an. Die Große Strafkammer Heilbronn verurteilte den Angeklagten wegen des Vergehens der unbefugten Führung einer Schußwaffe in Tateinheit der fortgesetzten Uebertretung des unerlaubten Schießens zu 3 Monaten Gefängnis.

Gerstetten OA. Heidenheim, 15. Febr. Ein freiwilliges 8. Schuljahr. In der Gemeinde wird, wenn sich genügend Kinder bereit finden, die Einführung eines freiwilligen 8. Schuljahrs geplant, da die heuer aus der Schule entlassenen Kinder kaum Aussicht haben, eine Lehrstelle zu finden.

Gmünd, 16. Febr. 33 Arbeitsdienstlager. Im Bereich des Arbeitsamts Gmünd werden zur Zeit 33 Maßnahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt, und zwar im Oberamt Gmünd 17, im Oberamt Schorndorf 9, im Oberamt Gaildorf 2 und im Oberamt Welzheim 5. Bei diesen Lagern werden rund 1200 Arbeitsdienstwillige beschäftigt, davon 60 in weiblichen Lagern. Zur Durchführung der Lager stehen insgesamt 140 000 Tagewerke mit einem Förderungsbeitrag von über einer Viertelmillion Mark zur Verfügung. Zur Durchführung kommen Wegbauten, Bachkorrektionen, Meliorationen, Sportplatz- und Wasserleitungsbau.

Göppingen, 16. Febr. Einbrecher vor Gericht. Vor dem Schöffengericht Göppingen standen Einbrüche, die sich im Oktober, November und Anfang Dezember v. J. in Geislingen a. d. St. ereigneten, zur Aburteilung. Angeklagt waren der 41 J. a. Former und Metzger Rudolf Bogt, der 23 J. a. Hilfsarbeiter Neuffer, der 20 J. a. Schmied Hans Wagner sowie die Ehefrauen der drei, alle aus Geislingen. Vogt ist 25mal vorbestraft, Wagner sechsmal. Je 15 Verbrechen des teils einfachen, teils schweren Diebstahls wurden Vogt und Neuffer zur Last gelegt, Wagner sieben, während bei den Frauen Hehlerei in Frage kam. Der Angeklagte Vogt ließ durch seinen Verteidiger erklären, daß er auf Grund einer schweren Krankheit unzurechnungsfähig sei. Das Gericht trennte das Verfahren gegen Vogt ab und behielt sich vor, ihn in die Nervenklinik nach Tübingen zur Beobachtung einzuweisen. Neuffer kam wegen 7 Verbrechen des schweren und 6 Vergehen des einfachen Diebstahls unter Zubilligung mildernder Umstände mit 10 Monaten und 1 Woche, Wagner mit 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis weg. Eine Frau wurde wegen Hehlerei zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Die übrigen kamen frei davon.

Ulm, 16. Febr. Die Handelskammer Ulm hat sich für Beseitigung aller Sonderveranstaltungen in Einzelhandel ausgesprochen, und zwar vorläufig möglichst durch freiwillige Vereinbarung, solange ein gesetzliches Verbot nicht erreicht ist. Den Vorschlägen des Reichsausschusses der Kraftverkehrswirtschaft betreffend Aenderung der Besteuerung der Kraftfahrzeuge wurde zugestimmt. Betont wurde u. a. auch die Unhandlichkeit des Fünfmarkstücks und die ungenügenden Unterschiede zwischen dem Messing- und dem Kupfergeld.

Dietenheim OA. Laupheim, 16. Febr. Seltener Fang. Ein Pärchen Bilche, sogenannte Siebenschläfer, in unserer Gegend sehr selten vorkommende Nagetiere, wurden in den Obstanlagen beim Buchenwald im Unteren Kohler gefangen. Schon etliche Jahre müssen sich diese unersättlichen Nagetiere dort aufhalten. Im Herbst machte man die Beobachtung, daß süßere Obstsorten in wenigen Tagen restlos von den Bäumen verschwunden waren, nur Obstreste lagen zerbissen und zernagt auf dem Boden. Die Schuld wurde den Eichhörnchen zugesprochen. Sonst sind die Bilche Allesfresser und verzehren sowohl Eicheln, Bucheln, Haselnüsse, als auch tierische Kost wie Fliegen, Maikäfer, Vögel usw. Tierfreunde können die Bilche lebend in einem Käfig bei Landwirt Strohmayer besichtigen.

Wangen i. A., 16. Febr. Käsespende aus dem Allgäu für Berlin. Die Berliner Winterhilfe hat 1200 Ztr. Käse erhalten, die ihr von den Molkereien im Allgäu gespendet worden sind. In sechs großen Waggons ist diese Spende auf fünf Bahnhöfen eingetroffen. Reichswehr und Schupo haben die 1200 Zentner Käse abgerollt.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 17. Februar 1933.

Tun oder nicht tun! Aber nicht schelten und doch tun.
Stammler.

Amtliche Dienstnachrichten

Ernannt: Oberregierungsrat Drautz im Innenministerium zum stellvertretenden Beisitzer des Dienststrafhofs für Körperschaftsbeamte für die Dauer der Bekleidung seines derzeitigen Hauptamtes.

In den Ruhestand versetzt: Studienrat i. W. Schmolz, früher an der Rosenbergrealschule in Stuttgart, mit Ablauf des Monats Mai.

Tonfilm-Theater

Der gestrige Auftakt zum „Einjährigen Tonfilm-Jubiläum" war qualitativ und quantitativ hervorragend. Wurden doch neben der Wochenschau und dem Beiprogramm zwei ausgezeichnete Großtonfilme gezeigt. „Liebeswalzer" der eine und „Unsere 100 000", ein Reichswehrfilm, der andere. Lilian Harvey, Willy Fritsch und Georg Alexander begeistern die Beschauer restlos. Fritsch, der Sohn eines amerikanischen Automobilkönigs kommt nach Deutschlands und wird besonderer Umstände halber für eine Durchlaucht Bräutigamstellvertreter. Die Fülle amüsanter Erlebnisse und Zwischenfälle ist so überwältigend, daß es wirklich schade wäre, den Inhalt zu verraten. Lilian: bezaubernd, betörend; Willy: fesch, sieghaft; Georg: voll Komik. Wer dieses Lustspiel nicht gesehen hat, hat viel versäumt! Dies sei auch von dem Reichswehrfilm „Unsere 100 000" gesagt:

Nach einer Einleitung, die die Rüstungen der uns benachbarten Völker vor Augen bringt, führt uns der Film in Kasernen unserer Reichswehr. Das Signal „Wecken" ertönt! Es wird angetreten, und „das Auge des Feldwebels" hält die erste Musterung. Allen alten Soldaten werden die Erinnerungen wieder geweckt an vergangene Zeiten im alten Heere. Geschütze werden aus dem Schuppen gezogen und wir beobachten den Ausmarsch der Artillerie gemeinsam mit Infanterie und Reiter-Regimentern. Ein Reiter-Regiment durchquert mit Ballonschwimmern einen Fluß, neben den Fahrzeugen schwimmend die Pferde. Der Meldedienst wird gezeigt, Winker, Blinker, Meldehunde, einen modernen Funkerwagen sehen wir, eine Funkstation wird eingerichtet, Reiter der Nachrichtentruppen legen Fernsprechleitungen. Artillerie überschreitet eine Höhe, schon aber sind sie von den feindlichen Maschinengewehren beobachtet und rasch nehmen diese das Feuer auf. Rasch wird abgeprotzt und die Feldgeschütze werden zur Abwehr fertig gemacht . . Hin und Her wogt der Kampf. In Sprüngen arbeitet sich die Infanterie vor. Da ertönen Sirenen: Gasalarm. Schnell wird die Gasmaske aufgesetzt und der Kampf geht weiter. „Das Ganze halt" wird begrüßt. Unter frohen Liedern kochen die Truppen ab und dann geht es unter den Klängen von Militärmärschen heimwärts. Kurz streift dann der Film die Grundlagen für die Ertüchtigung des Mannes, den Sport, der bei der Reichswehr eifrig betrieben wird. Ueberall das Vermächtnis des alten ruhmreichen Heeres: Pflichttreue und Disziplin.

Vom Musikverband Nagoldgau

Die erste Gauversammlung des vor einiger Zeit in Calw gegründeten Musikverbandes Nagoldgau im Bund südwestdeutscher Musikvereine konnte am vergangenen Sonntag in Wildberg abgehalten werden. Der stellvertretende Vorstand Rathfelder vom Musikverein Wildberg hieß neben den zahlreich erschienenen Vertretern der einzelnen Musikvereine und -kapellen auch Bürgermeister Schmelzle-Wildberg herzlich willkommen. Nach einigen gut vorgetragenen Musikstücken des Musikvereins Wildberg berichtete Stadtkapellmeister Rometsch-Nagold, dessen unermüdlicher Arbeit der neue Gau seine Entstehung verdankt, über seine Tätigkeit seit der letzten Versammlung in Calw. Erfreulicherweise ist ein reges Interesse seitens der noch fernstehenden Vereine wahrzunehmen. Neu eingetreten ist Kuppingen, während Dornstetten seinen Beitritt zum Gau für die allernächste Zeit in Aussicht stellte. Eine Anregung, vom 1. April ab eine Beitrittsgebühr zu erheben, wurde beschlossen. Nach der Festsetzung des Jahresbeitrags, der mit 10 Mark pro Kapelle äußerst niedrig bemessen ist, gab Stadtkapellmeister Rometsch auf verschiedene Anfragen, die „Gema" betreffend, Auskunft. Danach vertritt der Bund bei niedrigstem Jahrespauschalsatz alle Interessen der Vereine der „Gema" gegenüber. Die ausgearbeiteten Statuten fanden einstimmige Annahme, ebenso die Benennung des Gaues in „Musikverband Nagoldgau im Bunde Südwestdeutscher Musikvereine". Bei den folgenden Wahlen wurde Stadtkapellmeister Rometsch-Nagold einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt, ferner Obersekretär Reule-Nagold zum Kassier. Als Gaudirigent wurde Musikdirektor Frank-Calw bestellt. In den Ausschuß treten Mayer-Kuppingen und Bock-Hirsau ein. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde gegen die nicht mehr zeitgemäßen Sportelsätze protestiert, die eine Durchführung von musikalischen Veranstaltungen nahezu unmöglich machen. Als nächstjähriger Versammlungsort wird Stammheim bestimmt. Mit Worten des Dankes an die Erschienenen und mit dem Wunsche auf eine gute Fortentwicklung des neugegründeten Gaues schloß der 1. Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung. Der Musikverein Wildberg konnte auch für die in den Pausen flott vorgetragenen Musikstücke verdienten Beifall entgegennehmen.

Unsere Feierstunden

In der vorliegenden Nummer heißt das Bild auf Seite 1 „Erinnerung an die schönen Schneetage". In dem Wort Erinnerung liegt die Vergangenheit, man glaubt also, daß der Schneefall dieser angehört? Wir Nagolder und drum herum maßen uns nicht einmal eine „Erinnerung" an den diesjährigen Schnee an, denn was sich bis jetzt zeigte, war alles, nur kein Winter. Allerdings gestern hat er sich auf seine Pflicht besonnen. — Im modernen Kirchenbaustil wurde in Hamburg-Ohlsdorf ein Krematorium erbaut. — Ein weiteres Bild führt uns nach dem kriegerischen Japan und zeigt uns den Abtransport Verwundeter. — Nach den verschiedenen Schiffsbrandkatastrophen ist ein bebilderter Artikel „Feuerschutz an Bord" sehr zeitgemäß. — Ein Kurzabschnitt „Was nicht jeder weiß . . ." dürfte Musikbeflissene interessieren; auch enthält die Nummer etwas für Radiobastler. — Die Humorecke bringt einige nette Anekdoten, darunter ein illustriertes Zukunftsbild der Küche von 1950, das unseren künftigen Hausfrauen Freude machen wird . . Wer Langeweile hat, kann auf dem Vexierbild nach dem Professor suchen.

Rauhe Haut: Penaten-Creme
in Apotheken und Drogerien RM 0.30, 0.55, 1.10

Verbesserungen und Verbilligungen für Netz- und Bezirkskarten

Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Stuttgart treten am 1. März neue Bestimmungen für die Netz-, Bezirks- und Bezirksteilmonatskarten in Kraft, die diese Einrichtungen wesentlich verbessern und verbilligen. Der Geltungsbereich der Netzkarten mit 1-Monatsdauer wird von etwa 6000 auf 7000 Km. ausgedehnt, dabei werden die Preise für die Netzkarten um je 10 ℳ (3. Kl. 90 ℳ, 2. Kl. 120 ℳ) gesenkt, während die Verbilligungen für anschließende Netze noch größer sind. Künftig darf mit den Netzkarten 3. Kl. auch die 2. Kl. in Personenzügen ohne Aufzahlung benützt werden. Die Wünsche der württ. Interessenten auf bessere Netzverbindungen mit anderen Netzen und Beseitigung von Korridoren zwischen einzelnen Netzen sind durch die zahlreichen Netzerweiterungen restlos befriedigt worden.

Die Preise der ebenfalls 1 Monat gültigen Bezirkskarten sind auf den jetzigen Preis der kleinen Bezirkskarte Personenzug gesenkt worden (künftig 3. Kl. 40 ℳ, 2. Kl. 52 ℳ) bei einem Geltungsbereich von etwa 1000 Km. Eine grundlegende Neuerung sind die Anschlußbezirkskarten mit ganz erheblich verbilligtem Preis, nämlich 15 ℳ für die 3., 20 ℳ für die 2. Klasse. Die Bezirksteilmonatskarten kosten künftig 3 Kl. 16, 2. Kl. 21 ℳ (Geltungsdauer Sonntag bis Samstag). Vorgesehen ist auch eine neue Bezirkseinteilung. Neu geschaffen werden zwei Bezirkskarten für die Gebiete um Heilbronn und um Ulm. Ueber alle Einzelheiten unterrichtet ein von der Reichsbahn ausgegebenes Uebersichtsheft. Die Inhaber der Netz- und Bezirkskarten, die an den Bodenseegrenzen, zahlen ab 1. März auf den Bodenseeschiffen nur halben Fahrpreis.

•

Unterbringung der Abiturienten 1933. Der Reichsbund deutscher Vereine ehemaliger Höherer Handelsschüler E. V. Stuttgart hat an sämtliche deutschen Handelskammern das Ersuchen gerichtet, darauf hinzuwirken, daß die diesjährigen Abiturienten mit Hochschulreife, die sich wirtschaftlichen Berufen zuwenden wollen, zuerst einen einjährigen Kurs an einer Höheren Handelsschule mitmachen, weil unter den gegenwärtigen erschwerten Wettbewerbsverhältnissen ein aussichtsreiches Fortkommen in der Wirtschaft nur bei gründlicher fachlicher Vorbildung möglich sei.

•

Neubulach, 16. Febr. Deutscher Abend. Der überfüllte Saal der „Sonne" legte Zeugnis des großen Interesses der Bevölkerung für den Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes ab, der auch von Lagerführer Hoffmann eingehend dargelegt wurde. Unter dem Beifall der Zuhörer führte er aus, daß es in Zukunft Ehrenpflicht jedes Deutschen sein müsse, auf die Dauer eines Jahres, seinem Volk die Arbeitskraft, die ihm vom Schöpfer selbst gegeben wurde, selbstlos zur Verfügung zu stellen, und daß es keinen Beamten im werdenden Deutschen Staat geben dürfe, der hier nicht als Vorbild neben den anderen Volksgenossen stand. Das Programm selbst zerfiel in einen ernsten und heiteren Teil. Bürgermeister Müller von Neubulach sprach mit frischen Worten dem Lager seine Anerkennung aus für die getätigten Leistungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß recht bald dieser Geist auch in die Herzen der noch abseits stehenden Volksgenossen dringen möge. Der reiche Beifall am Ende des Programms wird dem Lager die Gewißheit gegeben haben, daß der Wunsch des Lagerführers zu Beginn des Abends, allen Gästen einige frohe Stunden zu bereiten, restlos erfüllt wurde.

Letzte Nachrichten

Der Reichswehrminister in Kiel.

Kiel, 16. Febr. **Der Reichswehrminister General von Blomberg traf heute abend aus Berlin hier ein. Der Minister wird morgen vor dem Marine-Offiziercorps eine Ansprache halten und dann eine Parade der Marinetruppenteile abnehmen.**

Beurlaubung des Polizeipräsidenten von Wiesbaden

Wiesbaden, 16. Febr. **Polizeipräsident Freitzheim ist heute von dem kommissarischen preußischen Innenminister seinem Antrage entsprechend auf drei Wochen beurlaubt worden.**

Weitere 9 Opfer der Unruhen in Rumänien.

Bukarest, 16. Febr. **Die Eisenbahnwerkstätten wurden geschlossen und unter militärische Bewachung gestellt. Von den schwerverletzten Arbeitern sind heute nachmittag noch neun in den Krankenhäusern gestorben.**

Das weitere Schicksal des Antiprohibitionsantrages.

Washington, 16. Febr. **Der heute im Senat angenommene Antrag auf Aufhebung der Prohibition sieht u. a. auch vor, daß die Staaten, die trocken bleiben, gegen die Einfuhr alkoholischer Getränke geschützt werden. Der Antrag ist jetzt dem Repräsentantenhaus zugeleitet worden. Bevor er ratifiziert werden kann, müssen sich noch die 48 Staaten mit dem Gesetz beschäftigen.**

Anklage wegen Mordversuchs gegen Zingara.

Miami, 16. Febr. **Guiseppe Zingara ist in einer Zelle des 21. Stockwerks des Gefängnisses untergebracht worden. Er wird wegen Mordversuchs angeklagt werden, worauf 20 Jahre Gefängnis stehen. Wenn jedoch eines der von Zingara verletzten Opfer stirbt, würde der Täter der Todesstrafe verfallen. — Zingaras Vernehmungen haben ergeben, daß er vor 10 Jahren plante, ein Attentat auf den König von Italien zu verüben. Wie er angibt, ist es ihm damals nicht möglich gewesen, sich durch die Menschenmenge bis in die Nähe des Königs durchzudrängen.**

•

Aufruf der lippischen Regierung

Detmold, 16. Febr. Die lippische Landesregierung hat der Presse folgende Erklärung gesandt: Die Landesregierung empfindet es als ihre selbstverständliche Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler gegen Verdächtigungen zu schützen. Sie hat deshalb die zuständigen Behörden des Landes, insbesondere die Polizeibehörden angewiesen, ihr besonderes Augenmerk auf derartige Vorgänge, insbesondere auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen, zu richten. Die Landesregierung ruft aber auch alle deutsch empfindenden Landesbewohner auf, sie hierin zu unterstützen. Außer zur Anzeige solcher strafbaren Handlungen ist nach der Strafprozeßordnung jedermann befugt, den Täter, der auf frischer Tat betroffen und verfolgt wird, auch ohne richterlichen Befehl festzunehmen, wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann. Der Festgenommene ist unverzüglich dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben, der die Vorführung vor dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgte, veranlaßt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Das erste Verbot des „Vorwärts" aufgehoben. Das Reichsgericht hat laut BT. auf die Beschwerde des „Vorwärts" hin entschieden, daß das vor etwa 14 Tagen erfolgte dreitägige Verbot des Blatts, das wegen der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Wahlaufrufs erlassen worden war, aufzuheben sei

7 Todesopfer auf der Königin-Luise-Grube. Bis Donnerstag früh sind auf der Königin-Luise-Grube in Hindenburg drei weitere Tote geborgen worden, drei sind noch verschüttet. Von den vier lebend Geborgenen ist ein schwerverletzter Bergmann gestorben.

Sport

Der Hindenburg-Preis zur Förderung des Segelflugs 1932 ist einstimmig dem Diplomingenieur Wolf Hirth, Grünau, in Anerkennung seiner sportlichen und wissenschaftlichen gleich zu bewertenden Leistungen zugesprochen worden.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Samstag, 18. Februar:

6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik. 7.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 7.30—8.00: Schallplatten. 10.00: Nachrichten. 10.10: Lieder und Arien mit Cembalo. 10.30: Aus Baierabronn: Internationale deutsche Ski- und Herren-Skimeisterschaften 1933. 12.00: Wetter- und Schneebericht. 12.20: Schubert-Lieder. 12.45: Schallplatten. 13.30: Lieder. 13.40: Konzert. 14.30: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 14.45: Konzert. 15.30: Jugendstunde. 16.30: Bericht vom 6. Stuttgarter Sechs-Tage-Rennen. 16.40: Gesangs- und Klavierkonzert. 17.10: Chorgesang. 18.25: Zeitangabe, Sportbericht. 18.35: Vortrag: Heinrich Daumier. 19.00: Vortrag: Ein Südseevolk erkämpft sich die Freiheit. 19.25: Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Schneebericht. 19.35: Internationale deutsche Ski- und Herren-Skimeisterschaften 1933. 20.05: Aus Koblenz: „In der Funkbütt". 22.20: Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Schneebericht. 22.45: Nachtmusik. 23.00—23.15: Uebertragung des 6. Stuttgarter Sechs-Tage-Rennens. 23.30—1.00: Tanzmusik.

Handel und Verkehr

Berliner Pfundkurs, 16. Febr. 14.45 G., 14.49 B.
Berliner Dollarkurs, 16. Febr. 4.209 G. 4.217 B.
100 franz. Franken 16.464 G., 16.505 B.
100 Schweiz. Franken 81.19 G., 81.35 B.
100 österr. Schilling 48.45 G., 48.55 B.
Dt. Abl.-Anleihe 67.25, ohne Ausl. 9.25.
Privatdiskont 3.875 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 16. Febr. Grundpreis 39.10 ℳ d. Kg.

Die **Indische Reichsbank** hat den Diskontsatz von 4 auf 3,5 Prozent herabgesetzt.

Metallwarenindustrie für Mittelstandssekretariat. Nachdem die Reichsregierung der Schaffung eines Staatssekretariats für den Mittelstand im Reichswirtschaftsministerium nähergetreten ist, hat der Reichsbund der Deutschen Metallwaren-Industrie beim Reichswirtschaftsministerium beantragt, den Aufgabenkreis dieses neuen Staatssekretariats auch auf die deutsche Fertigwarenindustrie als einer der wichtigsten Gruppen des Mittelstands auszudehnen.

Verlängerung des Westdeutschen Zementverbands um zwei Jahre. In der Gesellschafter- und Werkbesitzerversammlung des Westdeutschen Zementverbands in Bochum wurde beschlossen, den Lieferungsvertrag auf zwei Jahre, also bis zum 31. Dezember 1934, zu verlängern.

Brandschaden. Die bei der „Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungsgesellschaften in Deutschland" im Januar angefallenen Schäden aus dem Deutschen Reich betragen insgesamt 6 048 016 Mark. Die Schadenkurve ist damit wieder auf den Stand vom November v. J. zurückgeglitten.

Württ. Notenbank. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der am 3. März d. J. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 5 Prozent auf das Kapital von 7 Mill. Mk. für das Geschäftsjahr 1932 vorzuschlagen.

Der Stromverband Jagstkreis weist für das Jahr 1931/32 einen Gewinn von 279 972.04 Mk. aus. Das Vermögen beträgt nunmehr 3 195 379.90 Mk. Das Bauprogramm 1932 sieht 300 000 Mark vor. Die Mittel sind vorhanden. Allseitig wird eine Senkung des Strompreises gewünscht.

Konkurs: Josef Knecht, Schreinermeister in Abtsgmünd OA. Aalen.

Vergleichsverfahren: Bruno Rohrbacher, Strumpfwarenfabrik in Schlierbach OA. Göppingen.

Stuttgarter Börse, 16. Febr. Die heutige Börse eröffnete zu festeren Kursen. Im Verlauf wurde es fester. Schluß freundlich. Am Rentenmarkt war das Geschäft jögernd bei leicht abbröckelnden Kursen. Altbesitzanleihe 66,75 Proz. (plus 0,65). Der Aktienmarkt war bei etwas besseren Umsätzen fester.

Mannheimer Produktenbörse, 16. Febr. Weizen inl. 21.25 bis 21.50, Roggen inl. 17—17.25, Hafer inl. 14, Sommergerste 18.50 bis 20, Futtergerste 17.50—17.75, Mais mit Sack 19.75, Weizenmehl Spez. 0 mit Auslandsw. Febr. 30, südd. Weizenauszugsmehl mit Auslandsw. Febr. 33, südd. Weizenbrotmehl mit Auslandsw. Febr. 22, Roggenmehl 0—70proz. Ausmahlung 21.50—24.25, Weizenkleie 7.50, Biertreber 10.50—10.75, Erdnußkuchen 11.60—11.75.

Magdeburger Zuckerpreise, 16. Febr. Febr. 31.75—31.80. Tendenz ruhig.

Bremen, 16. Febr. Baumwolle Middl. Unio. Stand. loco: 7.28.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 16. Febr. Dem Donnerstagmarkt am städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 4 Ochsen, 8 Bullen, 18 Jungbullen, 6 Kühe, 12 Rinder, 147 Kälber, 325 Schweine. Alles verkauft.

	16. 2.	14. 2.
Ochsen:		
ausgemästet	—	24—27
vollfleischig	—	21—23
fleischig	—	17—20
ger. gen.	—	—
Bullen:		
ausgemästet	21—23	23—24
vollfleischig	20—21	21—22
fleischig	—	19—20
Rinder:		
ausgemästet	—	27—30
vollfleischig	24—26	23—26
fleischig	21—23	20—22
gering genährt	—	—
Kühe:		
ausgemästet	—	30—33
vollfleischig	—	14—17
fleischig	—	11—12
gering genährt	—	8—10
Kälber:		
feinste Mast- und beste Saugkälber	37—38	34—37
mittl. Mast- und gute Saugkälber	31—34	30—33
geringe Kälber	28—30	26—28
Schweine:		
über 300 Pfd.	43	40
240—300 Pfd.	43	39—40
200—240 Pfd.	42	38—39
160—200 Pfd.	40—41	37—38
120—160 Pfd.	—	36—36
unter 120 Pfd.	—	35—36
Sauen:	29—35	27—31

Viehpreise. Backnang: Farren: 100—130, Ochsen und Stiere 240—280, Kühe 145—320, Rinder und Kalbinnen 96—355, Kälber 69. — **Biberach:** Farren 120—180, Ochsen 200—300, Kalbeln 210—230, Jungvieh 60—150, Schlachtkühe 80—130. — **Oehringen:** Kühe 280—340, Kalbinnen 240—340, Jungrinder 80 bis 160. — **Vaihingen a. E.:** 1 Paar Ochsen 550—670, 1 Paar Stiere 300—560, Kühe und Kalbinnen 200—360, Rinder 70 bis 330 Mark.

Schweinepreise. Backnang: Läufer 22, Milchschweine 12 bis 19. — **Biberach:** Milchschweine 16—23, Läufer 25—35. — **Heilbronn:** Milchschweine 12—20, Läufer 28—32. — **Neuenbürg:** Läufer 20—24. — **Schwenningen:** Milchschweine 10—16. — **Schömberg:** Milchschweine 11—15. — **Wangen i. A.:** Ferkel 10 bis 18 Mark.

Stuttgarter Großmarkt, 16. Febr. Gemüse: Spinat 30 bis 35, Ackersalat 1 ℳ, Grünkohl 8—10, Rosenkohlröschen 15—20, Köhl 4—8, Rotkraut 6, Kraut 4, Gelbe Rüben 6, Zwiebeln 6—7, Karotten 15—20, Rote Rüben 6, Schwarzwurzeln 20—30 ₰ d. Pfd., Radieschen 10—15, junge Rettiche 15—18 ₰ der Bund. — Obst: Tafeläpfel 15—25, Edeläpfel bis zu 30, Tafelbirnen 18—30 ₰ d. Pfd. — Im Kleinhandel kostete Landbutter überwiegend 1, Molkereibutter 1,2—1,3, Markenbutter 1,4, Butterschmalz 1,3 ℳ d. Pfd. — Landeier 8,5—12, gute Durchschnittsware 10—11, Enteneier 8,5—9,5, Gänseeier von 30—40 ℳ d. St.

Familiennachrichten der Stadtgemeinde Nagold vom Monat Januar 1933.

Geburten: 2. Jan.: Kuhn, Wilhelm, Säger, hier 1 Sohn; 5.: Benz, Hermann, Kaufmann, hier 1 Tochter; 13.: Dürr, Karl, Flaschner, hier 1 Tochter; 13.: Lächler, Gottlieb, Gemüsehändler, hier 1 Tochter; 29.: Eisenmann, Emil, Zollassistent, hier, 1 Sohn; 23.: Schühle, Hermann, Schreinermeister, 1 Sohn; 29.: Steimle, Friederike geb. Weik, Witwe des verstorbenen Kaufmanns Wilhelm Steimle, hier 1 Tochter; 29.: Benz, Gottlob, Stadtbaumeister, hier 1 Tochter. **Auswärtige im Bezirkskrankenhaus Geborene:** 5. Jan.: Schmidt, Otto Eugen, Hauptlehrer in Ebhausen 1 Sohn; 14.: Luithlen, Franz, Schreinermeister in Haiterbach, 1 Sohn; 19.: Schaible, Gottlieb, Zimmermeister in Schönbronn 1 Sohn; 24.: Stoll, Jakob, Landwirt in Hofstett Gemeinde Neuweiler OA. Calw 1 Tochter; 26.: Katz, Konrad, Bäckermeister in Altensteig-St. 1 Tochter. **Erlassene Aufgebote:** 11. Jan.: Renz, Simon, Ernst, led., Landwirt, wohnhaft in Forst und Vogel Gde. Lauchheim OA. Ellwangen und Schmid, Maria, led. Haustochter, wohnhaft in Nagold. 18.: Hannotte, Heinrich, led. Bankbeamter, wohnhaft in Ebersbach/Fils und Schnepf, Amalie, Luise, led. Haustochter, wohnhaft in Nagold. **Sterbefälle:** 6. Januar: Günther, Ernst, Abraham, verh. Uhrmachermeister, hier 60 Jahre alt. 10.: Benz, geb. Kapp, Marie Christiane, Schlossermeisters Ehefrau, hier, 64 Jahre alt. 15.: Bäßner, geb. Finkbeiner, Emilie, Wilhelmine, Schreinermeisters Ehefrau, hier, 36 Jahre alt. **Auswärtige im Bezirkskrankenhaus Verstorbene:** 3. Jan.: von Jutrzenka, Otto, verh. Rentner, wohnhaft in Wildberg, 61 Jahre alt.

Gestorbene: Valentin Fischer, sr. Gemeinderat, Vollmaringen.

Das Wetter

Im Nordwesten befindet sich Hochdruck, im Nordosten eine Depression. Für Samstag und Sonntag ist zwar zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes und frostiges Wetter zu erwarten.

Hiezu die illustrierte Beilage „Feierstunden"

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung werden die auf Markung Unterjettingen belegenen, auf den Namen der

Katharine Höpfer, geb. Schwarz, Ehefrau des Wilhelm Höpfer, Kaufmanns in **Unterjettingen,** eingetragenen Grundstücke

Geb. Nr. 30 und 30 a-c 2 a 76 qm Wohnhaus, Waschhaus mit Schweine- und Hühnerställen, Waaghaus, Bienenhaus und Hofraum mitten im Dorf, am 15. Sept. 1932 gemeinderätl. geschätzt zu 16 000 ℛℳ

Parz. Nr. 3217 5 a 16 qm Gemüsegarten in Gäßlenswiesen oder in Hofäcker, am 15. Sept. 1932 gemeinderätlich geschätzt zu . . . . 600 ℛℳ

Freitag, den 3. März 1933, nachm. 2 Uhr

auf dem Rathaus in **Unterjettingen** versteigert werden. In der Regel findet nur 1 Termin statt.

In dem Gebäude wird ein **Gemischtwarengeschäft** betrieben.

Herrenberg, den 15. Februar 1933.

361 **Kommissär:** Bezirksnotar Hascher.

Nagold, 16. Februar 1933.

368

Trauer-Anzeige

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tante

Marie Bauer geb. Müller

Gipsers Witwe

gestern Nacht durch einen sanften Tod im Alter von 72 Jahren zur ewigen Ruhe eingehen durfte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Hermann Maier.

Beerdigung Samstag mittag 1 Uhr vom Trauerhaus aus.

Eine gute 367

Nutz- und Schaff-

Kuh

verkauft

Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Wildberg.

Einen Wurf schöne

Milchschweine

verkauft Samstag mittag 1 Uhr. 366

Ernst Weik, Bauer.

Radfahrerverein Pelo-Club Nagold.

Besonderer Umstände halber muß der für **Sonntag,** den 19 Februar vorgesehene **Unterhaltungs-Abend verschoben** werden. 374

334

Sport-Verein v. 1911 e.V. Nagold

Am **Samstag,** den 18. Febr. 1933, abds 8 Uhr findet im Lokal Gasthaus zur Eisenbahn die jährliche

General-Versammlung

statt.

Etwaige Anträge sind spätestens bis Freitag abend beim Vorsitzenden einzureichen. Zu zahlreichem Besuch von seiten der passiven und aktiven Mitglieder wird freundl. eingeladen.

Die Vereinsleitung.

LUGER

Frisches Gemüse

Blumenkohl Stck. —.33
Rosenkohl Pfd. —.25
Weiß- und Wirsingkraut Pfd. —.08
Kopfsalat Stck. —.20
Endiviensalat Stck. 10 und 20 ₰
Petersilie
Süße **Blut-Orangen** Dtzd. nur —.22

Weiße Wochen

Beginn: Samstag, den 18. Februar

Meine „Weiße Wochen" bieten Ihnen Preise, die es möglich machen, alles, was an Wäsche oder Aussteuern angeschafft werden muß, zu kaufen 369

Prüfen Sie in meinen Schaufenstern sorgfältig jedes Angebot!

10% Rabatt noch auf alle **weiße Waren!**

Christian Schwarz

Marktstraße

Sonntag, den 19. Febr.

Tanz-Unterhaltung

im Gasth. z. „Ochsen" in Rohrdorf

wozu freundlich einladet

Albert Rauser. 370

„Zum Hirsch"-Effringen

Sonntag, den 19. Februar

TANZ. 343

Es ladet freundlichst ein

R. Seeger und Frau.

Statt jeder besonderen Anzeige

Haiterbach

Hochzeits-Einladung

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer an

Sonntag, den 19. Februar 1933

im Gasthof zum „Waldhorn" in Haiterbach stattfindenden Hochzeits-Feier freundlichst einzuladen 353

Fritz Ottmar

Kellner, Sohn des Fr. Ottmar, Waldhornwirt in Haiterbach.

Margarete Hauser

Tochter des Joh. Georg Hauser, Lammwirt in Ueberberg.

Kirchliche Trauung 12½ Uhr.

Wahlversammlung

Herr Landtagsabg. Hirzel-Stuttgart

spricht am **Sonntag, den 19. Febr., abends 8 Uhr im kleinen Saal im Gasthof z. „Löwen"** über das Thema:

„Arbeit und Brot für Deutschland"

wozu wir herzlichst einladen 371

Deutschnationale Partei

Ortsgruppe Nagold

Zur Bestreitung der Unkosten werden 20 ₰ Eintritt erhoben.

Für **Wiederverkäufer**

Ringe per Dtzd. von 25 Pfg. an, **Halsketten** per Dtzd. von 60 Pfg. an, **Armbänder** p. Dtzd. von 40 Pfg. an, **Nadeln** per Dtzd. von 60 Pfg. an. — Verlangen Sie Musterversendung von RMk. 3.— per Nachnahme.

Rudolf C. Wild, Uhrketten- u. Bijouterie-Fabrik, **Oberstein a. N.** Wilhelmstraße 40.

372

Tonfilm-Theater NAGOLD

Heute abend 8.15

Großes Doppelprogramm der Ufa

Liebeswalzer; ferner

Unsere 100000 Mann Reichswehr

tönendes Beiprogramm und neueste Wochenschau.

Jeder zehnte Besucher eine Frei-Karte.

Nur wiederholte Anzeigen bringen nachhaltigen Erfolg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw